

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einseitige Petit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 58

Mittwoch, den 31. Dezember 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Stadtverordnetenstreik. Der Ausstand der Unabhängigen Stadtverordneten in Spandau, der nunmehr seit etwa zehn Tagen andauert und hervorgerufen wurde durch den Antrag der unabhängigen Stadtverordneten, einen Untersuchungsausschuß für den „Fall Hesse“ als den Urheber der Schieberei in den Reichswerken einzusetzen, zieht weitere Kreise. Jetzt sind auch die unabhängigen Stadträte, die im Magistrat mit den Mehrheitssozialisten eine kleine Mehrheit haben, in Konsequenz des Beschlusses ihrer Stadtverordnetenfraktion ebenfalls in den Streik getreten; sie haben die Mitarbeit gleichfalls verweigert, so daß jetzt die einzelnen Deputierten unbesetzt sind.

Serr Landé nicht bestätigt. Die belgische Besatzungsbehörde, die bei der Besetzung der Düssel-dorfer Regierung mitzusprechen hat, will Herrn Landé nicht als Regierungspräsidenten von Düsseldorf haben. Womit der rechtssozialistische Rechtsanwalt sich die Ungnade der Belgier zugezogen hat, ist nicht bekannt. Als „Spartakist“ wird man ihn doch wohl nicht ansehen, bleibt nur noch die Annahme, daß andere Einflüsse sich geltend gemacht haben, die einen Rechtssozialisten, und sei er noch so zahm, nicht an der Spitze des Millionärsbezirks sehen wollen.

Die Weltkrise. In der Kreuzzeitung liest man: „Amerika ist direkt und indirekt daran interessiert, daß Europa nicht weiter zum Zusammenbruch treibt. Als Exportland und Gläubigerland muß es Amerika daran liegen, daß die europäische Wirtschaft wieder gesundet. Darum kommt Amerika um eine planmäßige, umfassende Hilfe für Europa nicht herum. Wir verstehen darunter Valutaanleihen und Warenkredite. Nur auf diesem Wege und nicht auf dem einer mechanischen Ausgleichung an einem ganz unsicherbleibenden Weltmarkt kann unsere Valuta wieder gesundet.“ — Ob Sieger oder Besiegte, die Wirtschaftslage, ist demnach durch den Weltkrieg zerrüttet, daß die Wirtschaftsfrage nur international gelöst werden kann. Am ungetrübtsten durch den internationalen Sozialismus.

Helfferich auf der Anklagebank. Das Hauptverfahren gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich wegen Verleumdung des Reichsfinanzministers Erzberger, ist jetzt vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin eröffnet worden. Die Verhandlung soll bereits am 19. Januar stattfinden.

Die Rheinüberschwemmung. Das Hochwasser ist für weite Distrikte des Ober- und Mittelrheins von katastrophaler Wirkung gewesen. Der Kölner Pegel zeigte den höchsten Wasserstand seit 25 Jahren. Rechtzeitige Sicherheitsmaßnahmen der tiefer gelegenen Ortschaften konnten nicht getroffen werden, da der amtlicher früher übliche Hochwasser-meldebienst zu spät einsetzte. Die Bewohner der Insel Grafen-wörth mußten fluchtartig die Insel verlassen. In einzelnen Rheindörfern sind die Bewohner von jeglichem Verkehr abgeschnitten. In den Rheinuferstraßen wurde der Verkehr durch Rachen bewirkt. Der im gesamten Rheingebiet und den Seitentälern angerichtete Schaden steigt ins Unermeßliche. Besonders vom Oberrhein kommende Hilfsbotchaften lassen erkennen, daß das Hochwasser zahlreiche Ortschaften aufs höchste gefährdet.

Deutsch-Oesterreichs Hungerelend. Wie Preßbureau Radio aus Carnaborn meldet, wurde im englischen Oberhaufe über die Lebensmittelnot in Oesterreich verhandelt. Curzon erklärte, man sehe in Mitteleuropa einen wirtschaftlichen Chaos gegenüber. In Wien sei die Lage ernst und traurig; die Sterblichkeit unter den Kindern sei fürchterlich. Curzon schilderte die Maßnahmen, die von den Alliierten getroffen seien, um die Not Oesterreichs zu lindern, und sagte, die kritische Periode werde zwischen Winterende und der nächsten Ernte kommen. Ohne die Vereinigten Staaten sei jedoch die Gewährung eines Kredits auf breiter Grundlage nicht möglich. In Wien wird bekannt gemacht, daß eine Untersuchung das erschreckende Resultat ergab, daß 90 Prozent aller Wiener Schulkinder tuberkulös sind.

Polen führt die 24-Stundenruhe ein. Nach Warschauer Blättermeldungen beschloß der dortige Postminister, vom 1. Januar 1920 ab im polnischen Post- und Telegraphendienst die Einführung der 24-Stundenruhe; die Stunden von 12 Uhr mitternacht bis 12 Uhr mittags werden mit Zahlen von 13 bis 24 bezeichnet werden. Die Blätter äußern sich zu dieser „franzosenfreundlichen Einführung“ ironisch. — Den Verkehr mit den Nachbargebieten wird das sicher sehr zuträglich sein. Interessant ist in dieser Hinsicht, daß sich Frankreich für die mitteleuropäische Zeit entschieden hat.

Frankreichs Verschuldung. Nach amtlichen Veröffentlichungen hat Frankreich vom 1. Januar bis 31. Oktober 1919 Waren im Werte von 23 109 984 000 Frank eingeführt und für 5 528 494 000 Frank ausgeführt. Das bedeutet einen Ueberschuß der Käufe über die Verkäufe von 17 Milliarden 582 Millionen Frank. Gegenüber der gleichen Zeit von 1918 ist die Einfuhr um 5 186 121 000 Frank gestiegen, die Ausfuhr um 1 471 306 000 Frank.

Aufstand in Innerafrika. Im Sudan ist ein Aufstand ausgebrochen. Ein Telegramm des Marschall Allenby meldet, daß unter den Stämmen der südöstlichen Gegenden des Sudans Mißstimmung herrscht. In einer Provinz, deren Verwaltung Großbritannien obliegt, ereignete sich infolge eines Angriffs auf einen englischen Vorposten ein Zusammenstoß. Der Posten mußte sich zurückziehen. Später wurde eine starke Aufklärungsabteilung vorgeschickt. Diese Kolonne war Gegenstand eines überraschenden Angriffs. Zwei Majore, ein sudanesischer Offizier und 23 Mann wurden getötet, verschiedene verlegt. Eine weitere Kolonne wird zur Bestrafung der Schuldigen entsandt werden, sobald die klimatischen Verhältnisse dies gestatten.

Jahreswende

Ein Jahr der Enttäuschungen liegt hinter uns, da sich 1919 anschließt, seinen Brüdern zu folgen. An seiner Wiege stand die junge Revolution. Zusammengebrochen war das alte System. Aus Schutt und Moder, aus Blut und Tränen sollte ein neues Deutschland entstehen. Ein Deutschland, das weder Herren noch Knechte kannte und in dem künftig jeder sein Brot sich durch seine Arbeit verdienen würde. Die sozialistische Republik! Mit heißem Verlangen ersehnte sie die industrielle Arbeitererschaft der Großstädte. Sie war bereit, für die Arbeiterrepublik ihr Herzblut hinzugeben und erwartete, daß 1919 das Jahr würde, das in der Geschichte als das Sterbejahr des deutschen Kapitalismus weiterleben würde. Und was ist geworden, nun wir Sylvester 1919 die Bilanz des Jahres ziehen? Gestehen wirs ein: noch nicht ein Prozent unserer Wünsche hat sich erfüllt.

Ueberrückiger denn je redet sich der Kapitalismus empor. Es kümmert ihn nicht des Volkes Not, es rührt ihn nicht das Sterben der unterernährten Proletariatskinder. Was Deutschland den siegreichen Gegnern an Kriegsschädigung zahlen soll, will er aus den Arbeitern herauswinden. Und so muß der Arme, schlecht ernährt und dürrig gekleidet, in der Republik fronden, wie einst im imperialistischen Kaiserreich. Das wenige, was er an Lohn scheinbar mehr erhält, lutschen ihm die wucherischen Hände der Agrarier im Handumdrehen aus der Tasche. Auch der neue Staat ist der Staat der Reichen, trotz des freiesten Wahlrechtes der Welt, dessen wir Deutsche uns ja freuen dürfen.

Wie konnte das kommen? Und wer trägt die Schuld daran? Wie wäre die Entwicklung dieses Jahres in solche Bahnen gelenkt, wenn nicht Arbeiter sich den Kapitalisten verbündet und ihre zusammengestürzte Machstellung wieder neu aufgebaut hätten. Ob sich eine Straßendirne um Geld anbietet oder ob ein „Sozialist“ den Ministeressel mit der Preisgabe seiner Ueberzeugung erkaufte, ist in gleicher Weise zu bewerten. Was sich vor unseren Augen abspielte und noch abspielt, ist nichts anderes als die Prostitution des Sozialismus, die die an der Staatsrippe sitzenden macht- und ämterhungrigen Rechtssozialisten seit Jahr und Tag üben. Ohne ihren Verrat hätte der zu Boden geschmetterte Kapitalismus sich nie mehr dessen erdreistet, was er jetzt wagen darf. Und traurig genug: die „Sozialisten“ Heine und Roske haufen ärger als die rückschrittlichsten Minister Wilhelms des Letzten. Vierzehn Monate Revolution liegen jetzt hinter uns und im größten Teile Westpreußens haben die Gemeindevahlen noch immer nicht stattgefunden. Ist eine größere Schmach denkbar für einen „Sozialdemokraten“, als so der Beschützer des Dreiklassenwahlrechts zu sein? Dabei lag vom ersten Tage an kein Anlaß vor, die Wahlen hinauszuschieben. Aber das Wort konservativer Erzellenzen galt bei dem „sozialistischen“ Minister mehr als die gerechten Wünsche der Arbeiter. Und Roske! Dieses „Arbeiters“ werden noch Kind und Kindeskind denken, denn Appen, wie die Roskes, bringt die Geschichte nur alle hundert Jahre einmal und dann in einer Fastnachtslaune zur Welt.

Monatelanger Belagerungszustand, Gewalttaten, ungeführte Morde, Schutzhafthande, grundlose Zeitungsverbote, politisches und kaufmännisches Schiebertum, das sind die Spuren „sozialistischer“ Ministerherrlichkeit. Und die Partei, auf die soviel Schande von ihren Führern gehäuft wird, hat keine Kraft, ihnen Halt zu gebieten. Versucht und korrumpiert bis ins innerste Mark ist die rechtssozialistische Partei. Sie besteht nur aus politischen Charlatanen und aus Stimmvieh. Die wenigen ehrlichen, wirklichen Sozialdemokraten, die ihr noch angehören, müssen machtlos dem Untergang ihrer einst so stolzen Partei zusehen. Auch das ist eine Bilanz von 1919.

So scheint es, als ob die deutsche Revolution still stände. Aber es scheint nur so. Die Ereignisse des Jahres 1919 waren die Frucht der geistigen Unreife des deutschen Volkes. Der Krieg und die Militärdiktatur hatten die Arbeiterorganisationen überall im Reiche vernichtet. Politische Betätigung, unbefangene kritische Würdigung, ja selbst wissenschaftliche Forschung waren verboten. Was Ludendorffs Gesellen verschonten, sabotierte der rechtssozialistische Parteivorstand, unter dessen Anleitung die Parteizeitungen der Opposition planmäßig gestohlen wurden. Die Organisationen der unabhängigen

Sozialdemokratie waren nur klein. Das zurückflutende Heer, über die Verhältnisse in der Heimat schlecht unterrichtet, glaubte noch immer, die Sozialdemokratie sei die alte und lief den Scheidemännern nach. So kam jenes Resultat der Nationalversammlungswahl zustande, das am Beginn der schiefen Ebene steht. Seitdem jedoch hat die Arbeitererschaft an politischer Einsicht unendlich gewonnen. Sie ist eine andere geworden und der Klärungsprozeß geht unaufhaltsam weiter. Das Lager der unabhängigen Sozialdemokratie ist der Sammelplatz für alle aufrechten Männer geworden, die den wirklichen Volksstaat erstreben. Noskes Söldner und Erzbergers Papiergeld sind die beiden einzigen Träger der heutigen Regierung. Mit dem Augenblick, wo die eine bricht, hält auch die andere nicht mehr. Und der Zeitpunkt muß eintreten, denn die Papiergeldwirtschaft hat ihre Grenze. Die wirtschaftliche Not, die dieses System über Arbeiter, Angestellte, Unterbeamte und Kleinbürger verhängt, revolutioniert die Köpfe. Ob sie wollen oder nicht, ihre wirtschaftliche Lage zwingt sie, denken zu lernen. Jedes Paar zerrissene Schuh, das nicht gekauft werden kann, jeder abgerissene Anzug, der nicht zu ersetzen ist, predigen da eindringlicher, als die schärfste unabhängige „Sekrede“. Der äußerliche Prozeß des Zusammenbrechens der Staatsform, ist immer erst die Folge der inneren Umwandlung des Volkes. Hat die sich vollzogen, dann setzt sie sich auch im öffentlichen Leben unweigerlich durch. Die heutigen Machthaber sind unfähig, das Staatsleben in normale Bahnen zu lenken. Weder sie, noch die sich so fest gebende konservative Opposition vermögen den wirtschaftlichen Zusammenbruch aufzuhalten. Daran müssen sie scheitern. Noch wie zu Herweghs Zeiten spricht die Revolution:

Hinschreit' ich wieder durch die Welt,
Zerbrochne Herrscherstäbe
Und Kronen schmücken mein Gezelt;
Ich leb', ich leb', ich lebe!

Ich lebe und ich winde schon
Den Kranz für meine Streiter:
Ich bin die Revolution!
Nur weiter, Kinder, weiter!

G. Sok.

Hinter den Kulissen

Unbekanntes zum Austritt der Unabhängigen aus der Reichsregierung.

1) Nachfolgend veröffentlichen wir eine Darstellung des Genossen Walter Dehne über die Ursachen der Vorgänge, die vor einem Jahre zu dem Austritt der unabhängigen Volksbeauftragten aus der Regierung geführt haben, da sie dokumentarischen Wert beanspruchen dürfte. Genosse Dehne war zur damaligen Zeit Sekretär in der Reichskanzlei.

Der Genosse Haase war kaum verstorben, da benutzten struppellose rechtssozialistische Agitatoren das Hinscheiden eines der bedeutendsten Zeugen aus den Tagen der Revolution zu entstellenden, sogenannten „Enthüllungen“ über die Tätigkeit der unabhängigen Volksbeauftragten und versuchten mit Hilfe dieses Agitationsmaterials ihre durch ihre sachliche Unfähigkeit schwer gefährdete Stellung zu salvieren. Als der Genosse Haase noch auf dem Krankenbette lag, begann man in der rechtssozialistischen Presse mit diesen Enthüllungen. Seit jenem Tage haben sie nicht aufgehört und mit den struppellosen Mitteln, mit der Veröffentlichung geheimer Kabinettsprotokolle, die man nur aus den Händen der Regierung selbst erhalten kann, unter Mißachtung des Amtsgeheimnisses versuchen die rechtssozialistischen Führer den unabhängigen Volksbeauftragten alle Schuld an den Versäumnissen jener Zeit zuzuschreiben. Das Treiben der rechtssozialistischen Führer ist um so schamloser, als sie heute die geheimsten Dinge, die sie damals in gemeinsamer Arbeit mit unseren Genossen in der Regierung beschlossen haben, in die Öffentlichkeit zerren, ohne irgendwelche Rücksichten auf Moral und Anstand. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, diesem schamlosen Treiben entgegenzutreten und der Agitation mit falschen Enthüllungen dadurch ein Ende zu bereiten, daß ich zur Feststellung der Wahrheit soviel beitrage, als im Augenblick notwendig ist. Als Sekretär des Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei habe ich vom 3. Dezember bis zum 1. März alle Vorgänge in der Regierung miterlebt. Ich habe bisher über alle diese Dinge Schweigen bewahrt, und ich würde dieses Schweigen keinesfalls gebrochen haben, wenn nicht rechtssozialistische Führer in unverantwortlicher, jedes politischen Anstandes entbehrender Art und Weise das ihnen allein zugängliche Material in entstellter Form für ihre Agitationszwecke benutzt hätten. In dieser Situation wird es unabweisliche Pflicht für jeden, der irgendetwas zur Feststellung der Wahrheit zu sagen hat,

seine Kenntnisse der Öffentlichkeit zur Beurteilung zu unterbreiten. Die Regierung hat durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie eine Amtsverschwiegenheit nicht kennt, wenn es sich um ihre eigenen Parteinteressen handelt, daß sie also ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Amtsgeheimnisses nicht mehr hat. Dadurch, daß sie die Frage des politischen Verhaltens der unabhängigen Mitglieder in der Reichsregierung zur Erörterung freigegeben hat, hat sie nicht nur alle Beteiligten von der Schweigepflicht entbunden, sondern sie auch ganz offensichtlich zur Antwort herausgefordert. Diese Herausforderung unbeantwortet zu lassen, wäre schmachliche Feigheit und so muß denn heute manches gesagt werden, was besser verschwiegen geblieben wäre.

Der Jahrestag des Austrittes unserer Genossen aus der Reichsregierung gibt mir Veranlassung, zur Abwehr der Angriffe Scheidemanns, Heilmanns und des Vorwärts einmal in kurzen Strichen zu zeichnen, mit welchen Mitteln gegen unsere Genossen in der Reichsregierung gearbeitet wurde, wie man nicht nur sie, sondern auch den Zentralrat in der unerhörtesten Weise irreführte

Der erste Räte-Kongress hatte am 19. Dezember einen Zentralrat gewählt, der sich aus rechtssozialistischen und demokratischen Mitgliedern zusammensetzte. Die Unabhängigen hatten eine Beteiligung abgelehnt, weil nach ihrer Ansicht dem Zentralrat zur Kontrolle der Exekutive der Reichsregierung nicht genügend Befugnisse eingeräumt worden waren. Um mir nicht den Vorwurf mangelnder Objektivität machen zu lassen, möchte ich an dieser Stelle nochmals betonen, daß ich diese Nichtbeteiligung für einen der schwersten Fehler halte, der während der ganzen Revolution von den Unabhängigen gemacht worden ist, und ich behaupte, und bin bereit, es zu beweisen, daß, wenn die Unabhängigen damals in den Zentralrat eingetreten wären, am 28. Dezember der Rücktritt der rechtssozialistischen Volksbeauftragten hätte erfolgen müssen.

Vom Tage der Wahl des rein rechtssozialistischen Zentralrats begann in der Regierung ein offenkundiges Treiben gegen die drei unabhängigen Volksbeauftragten. Es war Tagesgespräch, daß ihr Rücktritt selbstverständlich sei. Man sah sich bereits nach den neuen rechtssozialistischen Mitarbeitern um. War schon vorher der ganze Apparat der Reichsregierung in einseitigster Weise zugunsten der drei rechtssozialistischen Volksbeauftragten eingestellt, so arbeitete er seit jenem Tage überhaupt nur noch für sie.

Man begann langsam, Haase, Dittmann und Barth auszusmalten

Als der Vermittlungsvorschlag auftauchte, daß man nur Barth gehen lassen solle und Dittmann und Haase beibehalten, fand er bei Herrn Ebert und Herrn Scheidemann empörte Ablehnung. Man war eben stolz auf seinen Sieg im Rätekongress und glaubte, längst alles in der Hand zu haben.

Aber es fehlte der Anlaß, nach dem man dauernd suchte und der hin und her beraten wurde, um den unabhängigen Mitgliedern der Regierung den Rücktritt nahezu legen. Er fand sich sehr schnell in dem Konflikt mit der Volksmarine-division. Ueber den Konflikt selbst soll hier kein Urteil gesprochen werden. Die Matrosen waren ohne Zweifel durch Wels falsche Behandlungsmethoden sehr gereizt worden, aber ich kann auch heute nicht ihr Verhalten, mit dem sie schwerste Gefahren heraufbeschworen haben und das wohl nur auf die mangelnde Selbstbeherrschung ihres Führers Dorenbach zurückzuführen war, billigen. Die Verhaftung der gesamten Reichsregierung wegen Lohnstreikigkeiten war ein Fehler, der bewies, wie wenig die Führer der Volksmarine-division der großen politischen Aufgabe gewachsen waren, die diese als Schutztruppe der Revolution auf sich genommen hatte. Es sei kurz in die Erinnerung zurückgerufen, daß die Verhaftung der Volksbeauftragten in der Reichskanzlei aufgehoben wurde und daß es am 23. Dezember wenigstens an dieser Stelle gelang, Zusammenstöße zwischen den Matrosen und den von der Regierung herbeigerufenen Fronttruppen zu vermeiden. Der Vermittlung Barths gelang es, beide Parteien zu bewegen, abzugeben. In der Kommandantur aber hatten Kämpfe stattgefunden, die mit der Verhaftung Wels, Fischers und Bongards endeten, die von den Matrosen ins Schloß und später in den Marfall gefangen abgeführt wurden. Zwischen den verschiedenen Führern der Volksmarine-division und den drei Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg fanden am Abend des 23. fast ohne Unterbrechung andauernde sehr

erregte Verhandlungen statt, die damit endeten, daß die Matrosen unter Zusicherung ihrer Lohnforderungen und gewisser anderer Abmachungen versprochen, Wels, Fischer und Bongard freizulassen; Fischer und Bongard wurden auch freigelassen, Wels dagegen war noch immer im Marfall verhaftet. Die Matrosen, denen bekannt war, daß die Regierung alle ihr verfügbaren Kräfte zusammenschloß, um zu einem konzentrischen Angriff gegen die Volksmarine-division vorzugehen, waren in höchster Erregung und einer der Führer der Volksmarine-division, Radtke, teilte mir vom Marfall aus mehrmals mit, daß er die Matrosen nur mit Mühe davon abhalten könne, Wels ans Leben zu gehen. Eine Freilassung Wels sei im Augenblick unmöglich, man müsse den Morgen abwarten, bis die Matrosen ruhiger geworden seien.

Politische Mundschau Deutschland

Die Krotodilstränen der Bourgeoisie

Die Beurteilung der rheinischen Großindustriellen Robert und Hermann Röchling zu einer Zuchthausstrafe von je 10 Jahren und 10 Millionen Frank (100 Millionen Mark), durch ein französisches Schwurgericht wegen der systematischen Plünderung und Zerstörung französischer Fabriken wird von der deutschen Presse, von der Kreuzzeitung bis zum Vorwärts, als Rechtsbruch und Justizverbrechen bezeichnet. Es ist nur bedauerlich, daß die deutsche bürgerliche Presse mit Einschluß der Reformsozialisten sich an das Vorhandensein von Recht und Gerechtigkeit nur erinnert, wenn die Angehörigen der herrschenden Klasse von einem Urteil fremder Gerichte betroffen werden.

Wir hatten in Deutschland vor dem Kriege eine böse Klassenjustiz und haben sie nach der Unterdrückung der proletarischen Revolution in der „vollendeten Demokratie“ erst recht. Im Vergleich etwa mit der bayerischen Blutjustiz während der Gegenrevolution ist das Urteil des französischen Schwurgerichts human zu nennen. Eine Gesellschaft, die Leviné u. a. unter dem Vorwand ehrloser Gestattung meuchelte und auf Jahrzehnte ins Zuchthaus schickte, wirkt, wenn sie über Justizmord schreit, so abgeschmackt, wie nach Goethe ein Teufel, der verzwweifelt. Geradezu grotesk komisch ist es, wenn sich jetzt die deutschen offiziellen Stellen und auf ihren Wink die gesamte bürgerliche und rechtssozialistische Presse an Rechtsfälle erinnert, über die sie, als ihnen die Mißachtung politisch zweckmäßig erschien, skrupellos hinweggelitten sind.

„Röchlings“ so ruft der Chorus der Scheinheiligen „haben auf Anordnung der deutschen Behörden gehandelt, sie können dafür nicht bestraft werden“. Wo waren diese Argumente im Krotodilstränen, als ein diplomatischer Beamter einer fremden Regierung, der behauptete, im Auftrage seiner Regierung gehandelt zu haben und dessen Behauptung von seiner hohen Auftragsgeberin funktentelegraphisch bestätigt worden war, unbekümmert um diese Rechtslage von einem Standgericht zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt wurde? Diese schändliche Mißachtung des Völkerrechts konnte in Deutschland ohne Widerspruch der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse geschehen. So hart die Röchlingsche Familie mit der finanziellen Seite des Urteils betroffen sein mag, ihre Stellung ist nicht entfernt so hilflos, wie die Lage, in die hunderte und tausende deutscher Proletarier während des Belagerungszustandes durch die Blutjustiz der eigenen Volksgenossen gestürzt worden sind. Die Röchlings haben noch große Vermögensbestandteile, auf deutschen und ausländischen Banken, die dem Zugriff der französischen Gerichte entzogen sind, während die Rotsehorden bei den Hausdurchsuchungen die Familienrevolutionärer Proletarier ihrer Kleidung und ihres Hausrates in vielen Fällen beraubten.

Das Urteil im Falle Röchling hat eine symptomatische Bedeutung. Es zeigt, wie ernst die Auslieferungssfrage ist. Die feindlichen Völker, die unter dem deutschen Militarismus genugam gelitten, wollen, ohne Rücksicht auf die Klassengemeinschaft, die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Die Auslieferungssfrage und ihre Durchführung kann sehr große, noch nicht absehbare Folgen zeigen, das Proletariat wird sie mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen müssen.

Vom Syndikalistenkongress

In der Nachmittagsitzung des Syndikalistenkongresses wurde am 1. Verhandlungstage der Geschäftsbericht erstattet, nach

dem die syndikalistische Bewegung im letzten Jahre eine günstige Entwicklung genommen hat. Der Redner gab zugleich einen Ueberblick über die syndikalistische Bewegung in Deutschland überhaupt. Er polemisierte besonders scharf gegen die Kommunisten, deren Kampfweise gegen die Syndikalisten er als besonders niedrig bezeichnete. Es folgten dann Rassenbericht, Bericht der Revisoren und der Pressekommission. Dann wurde in eine allgemeine Diskussion über die Berichte eingetreten.

Die Rechtssozialisten haben Verständnis und bedauern . . .

Die Berliner Scheidemänner hatten 20 Versammlungen einberufen, die sich mit den kommenden Preiserhöhungen beschäftigten. In allen wurde einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der das lebhafteste Bedauern über die erneute Preiserhöhung der notwendigen Lebensmittel ausgesprochen wird. Die Versammlung habe aber auch Verständnis für die Gründe, welche die Regierung zu diesem Schritt gezwungen haben. Arbeiter, Angestellte und Beamte müßten durch ausreichende Zulagen für die neue Belastung entschädigt werden. Eine allgemeine Besserung der Lebenslage sei nur möglich durch den fortschreitenden Wiederaufbau der Wirtschaft, durch intensive Arbeit in Stadt und Land.

Die Noske und Ebert legen also offenbar keinen Wert darauf, daß Arbeiter ihrer Partei noch weiter angehören. Wenn ihre Entwicklung so weiter geht, wird ihnen demnächst die Ehrenmitgliedschaft des Bundes der Landwirte zu Teil werden.

Für Nichtgrüßen Todesstrafe?

Die Berliner Volkszeitung veröffentlicht folgenden Bericht aus dem Reiche Noskes:

„Der Bezirksverband Wasserfante des Republikanischen Führerbundes schreibt der Bundesleitung:

Am Freitag, den 12. Dezember, vormittags, kam der Materialienverwaltungsobenanwärter R. aus dem Riesen Lazarett, Feldstraße, wo er sich seit etwa drei Wochen, seiner erkrankten Augen wegen, in Behandlung befindet. In der Nähe der Garnisonkirche am Niemansweg begegnete er dem Leutnant z. S. Rl. von der Ostseetorpedobootsflottille, dem er, noch geblendet von der stattgefundenen Behandlung und dem Sichtwechsel, nicht als solchen erkannte und deshalb ohne zu grüßen vorüberging. Der Leutnant Rl. rief den Oberanwärter zurück und verlangte ihm den Ausweis ab. Oberanwärter R., verwirrt durch den barschen Ton des Offiziers, versuchte sich seiner beabsichtigten Meldung und sicheren Bestrafung durch die Flucht zu entziehen. Raum war er jedoch zehn bis fünfzehn Schritt gelaufen, krachte ein Schuß hinter ihm her. Er blieb hierauf stehen und wurde von dem Offizier zur Militärkriminalabteilung gebracht, wo man ihm klarmachte, daß sein Verhalten ein absolut strafwürdiges und das des Offiziers durchaus gerechtfertigt sei. Anscheinend soll die Sache für den Oberanwärter R. noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Die Einfinder bemerken dazu: Das sind also die Errungenschaften unserer jungen Republik, daß man beim Nichtgrüßen von Vorgesetzten über den Haufen geschossen werden kann, während früher die Sache mit einem „Anschneider“ und drei Tagen „Kasten“ abgeschlossen wurde. Warum läßt man die Offiziere eigentlich ständig mit dem Schießfeßen auf der Straße herumlaufen? Sollte der Reichswehrminister tatsächlich nicht in der Lage sein, den Uebermut und die wachsende Provokationstätigkeit seiner Offiziere in Schranken zu halten?“

Ueber einen weiteren Fall liegt diese Meldung vor: „Meldung des Kapitäns Hagedorn, Kiel, vom 10. Dezember: Der Obermatrose R., z. R. I. L.-D., passierte mich, ohne mich zu grüßen. Als ich ihn fragte, warum er mich nicht begrüßt habe, gab er keine Antwort, ging weiter und lief dann fort. Erst durch Bedrohung mit der Schußwaffe brachte ich ihn zum Stehen. Um Mitteilung des Veranlassenden wird gebeten.“

Die Bundesleitung des Republikanischen Führerbundes hält es für ihre Pflicht, der Öffentlichkeit gegenüber hierzu zu bemerken, daß derartige Vorkommnisse in den Hafenstädten

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

58]

Wer weiß, wer weiß, ob er sich bei geduldigerem Zuwarten ihrerseits, bei erneuter nachsichtiger und verzeihungsgeneigter Annäherung seiner Frau nicht doch schließlich erschlossen, ihr seine Beichte abgelegt und ihren Bestand angenommen hätte, den bösen Feind in seinem Herzen zu überwinden?

Tiefste Reue über ihr vorzeitiges pflicht- und zweckwidriges Benehmen überkam die verlassene Frau, die jetzt in der Angst um den Verlust des noch immer innig geliebten Mannes der Gedanke wie ein Raubtier anfiel, sie habe dem Gemahl, falls er doch an Scheidung dachte, durch ihre Flucht den Rechtstitel eines Scheidungsgrundes, den Fall des böswilligen Verlassens vor dem weltlichen Richter in die Hand gegeben . . .

Nie in ihrem ganzen bisherigen Leben hatte sie so falsch und vernunftwidrig gehandelt wie in dieser für sie wichtigsten und dringendsten Sache.

Zuerst wollte sie fogleich Hals über Kopf nach Berlin zurückreisen, um mit ihrem Mann direkt einen Ausgleich — eine Versöhnung anzubahnen, denn der Aufenthalt in dieser düsteren, ihr fremden Stadt, in der sie keine menschliche Beziehung besaß, war qualvoll und peinlich.

Dann gab sie den Gedanken der sofortigen Heimreise wieder auf.

Irgend etwas hinderte sie hieran, die ungewisse Angst, ihrem Mann unerwünscht und unvermittelt in die Quere zu kommen.

Plante er irgend etwas für immer Trennendes, so sollte ihm die ungeförte Muße dazu bleiben.

Es paßte Rosalinde nicht, Jordan hierbei zu überrumpeln. Auf die Zitierung des Kardinals würde er ja doch zweifellos nach B . . . kommen, denn dieser hochthronende Schwager hatte dem Staatsanwalt von jeder heillosen Respekt eingeschloßt. Also wollte Rosalinde lieber diese zwei Tage in B . . . noch erdulden, dann zur bestimmten Zeit in ihres Bruders Palais sich begeben, um Jordan dort zu treffen.

Die zweite Audienz beim Fürstbischof aber gab sie jetzt auf. Sie widerstrebte ihr, Rosalinde hatte von dem ersten

Besuche bei ihrem Bruder für lange Zeit genug. Dann konnte sie mit ihrem Manne, nachdem sie ihn im Palais getroffen, auf der Stelle wieder fortgehen und sich, wie das menschlich und angemessen war, allein mit ihm aussprechen. Dann hatte der Kardinal seine Belehrung darüber empfangen, daß seine Art, Familiendinge zu ordnen, nicht die rechte war, und die Versöhnung ging ohne ihn von statten, und die beiden Eheleute reisten gemeinsam heim.

Wäre es nur erst soweit.

Nach einer schlaflosen Nacht erfuhr die geängstigte Frau, daß allerdings die Audienz auf morgen 1/12 festgesetzt, und der Herr Staatsanwalt aus Berlin brieflich dazu geladen worden sei.

An diesem Tage betete Rosalinde inbrünstig in manchem Kirchenwinkel der Stadt um Wiedergewinnung ihres häuslichen Friedens, schloß in der Nacht vor der großen Entscheidung keinen Augenblick und begab sich, bleich und übernächtigt, in zitternder Erwartung zur festgesetzten Zeit in den fürstbischöflichen Palaß, um dort zu ihrem Entsetzen zu hören, daß der Herr Staatsanwalt aus Berlin weder gekommen sei, noch überhaupt das Handschreiben seiner Eminenz beantwortet habe.

Das war das Ende. Der endgültige Schluß. Der bare Einsturz. Jetzt war alles vorüber und verloren.

Ganz zerschlagen schleppte sich die Frau in ihr Hotelzimmer zurück, legte sich verzweifelt auf ihr Bett und bat Gott flehentlich, sie sterben zu lassen.

In der zweiten Nachmittagsstunde raffte sie sich so weit auf, ihren kleinen Koffer zu packen und nach Berlin abzureisen.

Dort in der Abenddämmerung angelangt, telephonierte Rosalinde vom Bahnhof Zoologischer Garten nach Hause, um der Dienerschaft ihre Heimkehr anzuzeigen und um zu hören, ob Jordan zu Hause sei.

Aber niemand meldete sich am Fernsprecher.

Jordan war nicht da.

Selbst an den Sonntagen pflegte doch sonst stets entweder der Diener oder eines der Dienstmädchen zu Hause zu sein. Heut waren alle ausgeflogen, eine seltsame Sache, da im Jordanschen Hause stets darauf gehalten wurde, daß wenigstens vom Personal einer stets daheim blieb, um das Telephon zu bedienen und das Haus zu behüten.

Bleischwer lag die Angst auf Rosalindens Herzen, als sie nun einen Wagen nahm und in sinkender Dunkelheit nach Hause fuhr.

Mit Trauer spürte sie dort in den Räumen, die ihre sorgende Hand doch nur für die Dauer von Tagen entbehrt hatten, bereits die beginnende Verwilderung: mangelnde Sauberkeit, Lüftung und Ordnung.

Tatsächlich waren sämtliche Bediensteten aus, und das Haus ohne Aufsicht, ganz sich selbst überlassen.

In Jordans Arbeitszimmer weitere Spuren eines totalen Stillstandes in Wirken und Betätigung.

Bergehoch türmten sich die un erledigten Akten.

Mehrere als eilig bezeichnete Dienstschreiber lagen unerbrosen auf dem Schreibtisch. Daneben Kofferchlüssel und ein Zettel, den sie im Zwielicht am Fenster als die Quittung für einen am Potsdamer Bahnhof gestern zur Aufbewahrung abgegebenen Koffer erkannte.

Also Abreise. Flucht.

Jordan war aber noch hier.

War also auf dem Sprunge abzufahren.

Rosalindens Augen weiteten sich angsterfüllt und starteten in das Dämmerndunkel, das nun durch diese weiten stillen Räume zu kriechen begann.

Aus allen finsternen Winkeln und Ecken, so schien es der Geängstigten, kroch das Schicksal heran, geheimnisvoll, drohend, unabwendbar.

Was hatte sich zwischen diesen Wänden vorbereitet? An diesem Schreibtisch, diesem Telephon in den kurzen Tagen ihrer Abwesenheit? Was?

Was — harrte ihrer hier, die jetzt heimkam, um ihres Hauses Einsturz zu sehen?

Wo war Jordan jetzt?

Wohin wollte er?

Wollte er dem Beispiel der Frau dieses Hauses folgen, alles stehen und liegen lassen und von seinem Posten weichen? Hatte er auch sein Amt hingeworfen — milde davon und angewidert wie von all seinen übrigen Pflichten?

Wollte er alles mitkommen wie eine einzige drückende Bürde abschütteln und fortlaufen? Wäre es nicht Sonntag gewesen, so hätte sie bei der Dienstinne anfragen können, ob ihr Mann dort vielleicht über sein Verbleiben Kunde hinterlassen. (Fortsetzung folgt.)

an der Tagesordnung sind, und weiter, daß die Angehörigen der Marine angefangen dieser Tatsache das Vertrauen zum Reichswehrministerium vollkommen verloren haben und eventuell entschlossen sind, zur Selbsthilfe gegen die Provokationen solcher Offiziere zu schreiten.

Helmhates Mörder freigesprochen

Vor dem Berliner Kriegsgericht fand die Verhandlung gegen den Oberleutnant d. Res. Siller statt, der an der Front den Freiwilligen Helmhate so mißhandelte, daß Helmhate starb. Siller wurde von der Anklage der „Mißhandlung mit Todeserfolg“ wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Näherer Bericht folgt in der nächsten Nummer.

Großbritannien

Bemerkenswerter Ausgang

eines Bergarbeiterstreikes

Der Korrespondent der Times in Wirlsworth berichtet seinem Blatt über die bemerkenswerte Lösung, die der schon monatelang währende Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern der Hill Close Bleiminen in Derbyshire finden wird. Eine Einigung war nicht zu erzielen. Letzte Woche nun erhoben die streikenden Arbeiter — unter Berufung auf ein altes englisches Bergwerkesgesetz — Anspruch auf Ueberlassung, von drei stillliegenden Bleiwerken. Das Gesetz bestimmt nämlich daß, falls ein Bergwerkesbesitzer verabsäumt, sein Eigentum in Betrieb zu nehmen, die Anrechte an daselbe ohne weiteres auf einen ev. Präzidenten übergehen. Sobald das Betriebsmaterial da ist, wollen die Arbeiter zur Uebernahme schreiten und auf diese Weise gleichzeitig ihrer augenblicklichen Arbeitslosigkeit ein Ende machen.

Des Neujahrstages wegen erscheint die nächste Nummer der Volksstimme Freitag nachmittag.

In und um Elbing

100 Gramm Zeitungspapier = 20 Pfg.

Es ist kein Scherz. Es ist wirklich so. Die bisherigen Preiserhöhungen für Zeitungspapier scheinen nicht genügt zu haben. Vom 1. Januar 1920 treten neue Preise in Kraft. Die Erhöhung ist gleich so ausgiebig, daß damit eine Verzehnfachung der früheren Preise erreicht wird.

Ein Kilo Zeitungs-Rotationspapier wird rund 2 Mark kosten. Das Kilo hat 1000 Gramm, also kosten 100 Gramm 20 Pfg. Diese Feststellung bedeutet, daß eine Zeitung, die im Anfang von etwa 8 Bogen wöchentlich erscheint — da ein Zeitungsbogen ca. 16 Gramm wiegt —, wöchentlich 128 Gramm Papier braucht, in einem Quartal also etwa 3 1/2 Pfund. Mit anderen Worten: eine Zeitung in dieser Stärke verschlingt also an reinen Papierkosten ungefähr 3 1/2 bis 4 Mark. Zum Ueberfluß wird noch mitgeteilt, daß dieser Preis nur für den Monat Januar Gültigkeit hat. Mit anderen Worten: im Februar wird der Preis noch mehr erhöht werden.

Zur Erhöhung des Abonnementspreises sei darauf hingewiesen, daß die Abonnementserhöhung infolge der Preissteigerungen unumgänglich geworden ist. Zur Erläuterung geben wir nachstehend eine Gegenüberstellung der Kosten der zur Zeitungsherstellung hauptsächlich benötigten Materialien. Es kosteten:

Vor dem Kriege:	jetzt:
Druckpapier . 100 kg Mk. 21.—	Mk. 200 = 852 Proz. Aufschlag
Druckfarbe . 100 " " 38.—	" 280 = 687 " "
Metalldruck . 100 " " 42.—	" 900 = 2143 " "
Maschinenöle 1 " " 0.45	" 7.25 = 1533 " "
Drucktücher . 1 St. " 1.18	" 10 = 747 " "
Rußkohle . 10 t " 225.—	" 1860 = 726 " "
Braunkohle . 10 t " 127.50	" 1700 = 1233 " "

Berühmte Rohmaterialien sind inzwischen in weiterem Steigen begriffen. Hinzu kommen Steigerungen der Löhne der Angestellten, der Verwaltungskosten, der Kosten für die Redaktion, Berichterstattung usw.

Beamtenversammlung

Der deutsche Beamtenbund (Ortskartell Elbing) hatte gestern abend ins Gewerbehause eine protestversammlung gegen die unzulängliche Erhöhung der Steuerzulagen einberufen. Die Versammlung war von zirka 800 Beamten mit ihren Frauen besucht. Der Vorsitzende des Ortskartells, Herr Horn, führte in seinem Vortrag aus, daß die Festbesoldeten schon vor dem Kriege nicht auf Rosen gebettet gewesen wären. Während des Krieges sei ihre Lage geradezu trostlos geworden. Die gewährten Steuerzulagen hätten noch nicht einmal ausgereicht, um die Schulden zu decken. Die sprichwörtliche Pflichttreue der Beamten bestehe auch heute noch. Die Beamten wären aber nicht länger willens, Not zu leiden und zu darben. Es hätte den Anschein, als ob die Regierung auf die Dummheit der Beamten rechne. Die 50 Prozent Erhöhung der Steuerzulage wäre völlig unzureichend. Sollte die Regierung den Wünschen der Regierung nicht nachkommen, so ist der Bruch unvermeidlich.

Wesentlich schärfere Töne kamen bereits in der anschließenden Diskussion zum Ausdruck. Es wurde hier angeführt, daß die Beamten stets im alten Sinne weiter gewirkt hätten und doch wäre ihr Schweigen und ihre Duldsamkeit ausgenützt. Diese Regierung, die ihre Erzitzten ja nur der Revolution verdanke, wage den Beamten so etwas zu bieten. Wenn den Wünschen auf höhere Bezüge nicht Rechnung getragen würde, müßte es zum Streik kommen. Es hätte mindestens eine 300 prozentige Erhöhung der Steuerzulage gefordert werden müssen. Die gezahlte Beschaffungsbeihilfe wäre nur eine Nachzahlung gewesen. Infolge der schlechten Bezahlung wären die Beamten gezwungen, eine ganz miserable Lebenshaltung zu führen. Besonders stark wurde die Ausschaltung der Organisationsleitung empfunden. Eine sozialistische Regierung hätte sich nicht gescheut, die zuständige Organisation auszuhalten. Auch an einigen Seitenhieben auf die besser gestellten Arbeiter fehlte es nicht. Gen. Grunwald führte an, daß in früheren Zeiten in den Reihen der Beamten starke Strömungen gegen den Streik herrschten. Wenn jetzt das Klassenbewußtsein erwache, dann wäre das nur mit Freuden zu begrüßen. Die Regierung begünstige direkt das Schieberwesen und die ungeheuren Forderungen der Landwirte. So hätte beispielsweise Wimmig den Kartoffelpreis von 12 Mk. auf 20 Mk. erhöht. Nur rücksichtsloses Durchgreifen gegen diese Elemente könne uns retten, wenn sonst die Not und das Elend eine

andere Sprache reden werden. Parteisekretär Schulz führte aus, daß die Revolution den Beamten in politischer Beziehung große Freiheiten gebracht hätte. Wenn die Wünsche der Beamten nicht ganz erfüllt wären, dann müßte man bedenken, daß wir keine sozialistische, sondern eine Koalitions-Regierung hätten. Die indirekte Steuer in Höhe von 5,7 Milliarden Mark mußte auf Verlangen der bürgerlichen Mitglieder der Regierung bewilligt werden. Er gab auch zu, daß die Wucherer und Schieber das Volk in der unerhörtesten Weise ausplünderten. Eine Herrschaft der Arbeiterklasse lehne er ab, weil die Arbeiter angeblich in der Minderheit wären. Seine Ausführungen wurden teilweise mit lebhaftem Widerspruch aufgenommen. Herr Abgeordneter Rebehn weist die Unterstellungen des Herrn Schulz zurück, die Koalitionsregierung trüge die Schuld an den geringen Aufbesserungen. Die preussische Regierung bestände aus 4 Bürgerlichen und 5 Mehrheitssozialisten und diese tragen auch die Verantwortung für alle Maßnahmen.

Zum Schluß gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, die eine 150 prozentige Erhöhung der Steuerzulagen forderte.

Jahreschluß bei den Sparkassen

Die Sparkassen schließen ihr Geschäftsjahr mit dem 31. Dezember d. Js. ab und schreiben alsdann die dem Sparer für 1919 zu vergütenden Zinsen zu dem Kapital ohne weiteres hinzu, so daß diese Zinsen bereits vom 1. Januar 1920 wieder Zinsen tragen. Infolge der außerordentlich hohen Zahl der von den Sparkassen geführten Konten erfordert diese Arbeit mehrere Tage. Der in den ersten Tagen des neuen Jahres ohnehin bei diesen Kassen herrschende starke Zahlungsverkehr verursacht infolge des erforderlichen Abschlusses jedes Sparbuches einen großen Arbeitsaufwand und verzögert hierdurch naturgemäß die Abfertigung des Publikums erheblich, so daß dieses gezwungen ist, länger als sonst auf die Abfertigung zu warten. Es liegt daher im Interesse des Publikums selbst, wenn dieses die Sparkasse in den ersten Tagen des neuen Jahres nur zu den notwendigen Einzahlungen und Abhebungen auffucht. Die besondere Vorlegung der Sparbücher zur Gutschrift der Zinsen ist überflüssig, da diese Gutschrift nach den Satzungen der Kassen stets bei der Vorlegung des Sparbuches — selbst in späteren Monaten — von selbst erfolgt.

Die Erneuerung des Abonnements

für das I. Vierteljahr 1920

muß sofort erfolgen

damit in der Zustellung des
Blattes keine Verzögerung
 eintritt

Kriegsamt Allenstein

Durch Heeresabwicklungsamt Preußen Kriegsamt (Abw.) Nr. 277/12. 19 AZSc. vom 17. Dezember ist bestimmt, daß Entschädigungsansprüche für verloren gegangenes Gepäc von ehemaligen Helfern und Helferinnen der Etappe, die bei den vorgelegten Dienststellen nach dem 30. 12. 19 eingehen, nicht mehr berücksichtigt werden können. Antragsteller, deren Gepäc im besetzten Gebiet zurückgelassen ist und entweder bei Speditoren oder Privatpersonen untergestellt wurde, hatten ihre Ansprüche ebenfalls bis spätestens 30. 12. 19 anzumelden, es wird ihnen aber gestattet, die Unterlagen für etwaigen Verlust der Sachen erst dann beizubringen, wenn feststeht, daß die fraglichen Stücke nicht in ihren Besitz gelangen werden, spätestens jedoch bis 1. 3. 20.

Es werden nur solche Anträge berücksichtigt, zu deren Glaubhaftmachung einwandfreie Unterlagen (Auskunft der ehemaligen Dienststelle, Referentin, Heimleiterin) beigebracht werden können.

Elbinger Polizeinachrichten

Verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt wurden die angeblichen Kaufleute Hennig, Heil, Geißstraße, und Heinrich, Sturmstraße. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte bei ihnen ein ganzes Warenlager, das verschoben werden sollte. Gefunden wurden ca. 2 Zentner Speck, große Mengen Seife und Schokolade. Im ganzen dürfte das Lager einen Wert von 20 000 Mark haben.

Ostdeutsche Nachrichten

Ein Urteil

Durch eine Kohlenbeschlagnahme kamen zwei Mitglieder des Marienburger Arbeiterrates, die Genossen Sandmann und Guth, vor Gericht. Sie waren des Hausfriedensbruches, der Genosse Sandmann außerdem einen Beleidigung, angeklagt. Das Schöffengericht Marienburg hatte beide des Hausfriedensbruches freigesprochen und nur Sandmann wegen angeblicher Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte der Rechtsanwalt sowie auch der Genosse Sandmann Berufung eingelegt. Aus diesem Grunde mußte sich die Elbinger Strafkammer in der gestrigen Sitzung mit den zu Grunde liegenden „Straftaten“ befassen. Folgender Sachverhalt bildete die Ursache zur Anklage:

Der Superintendent Dr. Möricke in Marienburg hatte mit Hilfe eines irdischen Freundes 400 Zentner Kohlen,

direkt aus der Grube geliefert erhalten. Als die Kohlen ihm angefahren wurden, rief das unter den Marienburger Einwohnern, die unter großem Kohlenmangel litten große Erbitterung hervor, und sie erlitten den Arbeiterrat um sein Eingreifen. Der Beauftragte des Arbeiterrates bei der Ortshohlenstelle, der Genosse Guth, begab sich nun zu dem Superintendenten, bat um Aufklärung und stellte hierbei bei ihm einen Bestand von 110 Zentnern fest. Dr. Möricke behauptete diesem gegenüber, es wären noch Kohlen für die Sackerei bei diesem Bestande. Der Küster dagegen, bei dem auch ein Kohlenbestand von zirka 60 Zentnern festgestellt wurde, behauptete von den bei ihm vorhandenen Kohlen daselbe. Das Lieferungsoll des Herrn Dr. Möricke betrug aber nur 60 Zentner und Guth hatte nun die Auffassung, er müßte die gehamsterten Kohlen der notleidenden Allgemeinheit zuführen. Wie überall, hatten auch in Marienburg die Mitglieder des Arbeiterrates das Recht, mit Genehmigung des Magistrats (hier in diesem Falle des Gasanstaltsdirektors Dr. Heidt), rationierte Lebensmittel und Bedarfsartikel beschlagnahmen zu können. Zu diesem Zweck hatte auch der Polizeikommissar Anweisung erhalten, dem Arbeiterrat einen uniformierten Polizeibeamten mitzugeben. Mit einem solchen begleitet ging nun Guth nach Heranziehung des Genossen Sandmann am andern Tage zu Herrn Dr. Möricke. Während dieser dem Polizeibeamten den Eintritt in seine Behausung verweigerte, einigte er sich mit den beiden Arbeiterräten, daß er 40 Zentner herausgeben wolle. Sandmann überwachte nun den Abtransport der beschlagnahmten Kohlen außerhalb des Hauses des Dr. Möricke. Als Guth nun dem vorsorglichen Gottesmann „nur die 60 Zentner“ belassen wollte, änderte dieser sein Verhalten und forderte den Genossen Guth auf, das Haus zu verlassen, was Guth aber erst nach vollendeter Beschlagnahme tat. Sandmann rief nun scherzweise dem Guth zu: „Paul, laß dich man nicht vom heiligen Geist im Keller betören!“ Auch soll er zu den Dienstmäßen, die eifrig die Partei für den Pfarrer ergriffen und sich den Arbeiterräten hindernd in den Weg stellten, gesagt haben: „Ich begreife nicht, warum ihr dem Pfarrer so beistehet, er muß euch doch nur von früh bis spät aus!“ Dieses soll nun eine Beleidigung des Superintendenten Dr. Möricke darstellen, die nun getreu nach dem christlichen Grundgesetz: „Schlägt dich jemand auf die rechte Wange, so biete ihm auch die linke hin“, vor Gericht gerufen werden mußte. Nach der Beschlagnahme versuchte Dr. Möricke den Genossen Guth zu veranlassen, eine von ihm verfaßte Erklärung in die Presse zu bringen, die der Bevölkerung die Dinge in anderem Lichte schildern sollte, was von Guth aber abgelehnt wurde. In der Verhandlung zeigte der Verhandlungsleiter eine auffallende Voreingenommenheit gegen die Arbeiterräte im Allgemeinen und bestritt ihnen gegenüber, daß sie ein Recht zur Beschlagnahme haben. Die Unverletzlichkeit der Wohnung sei verfassungsgemäß gewährleistet. (Damit stellt man sich schützend vor die Wohnungen der Schieber, Schleichhändler und ähnlichem Gelichter. Red.) Die ganze Verhandlung atmete vorrevolutionären „echt preussischen“ Geist. Als der Genosse Sandmann, in seinen Ausführungen, durch eine Bemerkung des Vorsitzenden unterbrochen, weitersprach, wurde er von diesem mit den Worten: „Salten Sie den Mund, wenn ich rede!“ angeherrscht. Davon stach die Duldsamkeit des Vorsitzenden dem Zeugen Dr. Möricke gegenüber ab. Er konnte sich bei seiner Zeugenaussage in sehr ungezwungener Weise mit den Armen auf das Pult des Richters legen, was bei einem anderen, nicht so standesgemäßen Zeugen nicht so glatt abgehen würde. Der Zeuge Dr. Heidt sagte aus, daß nur mit seiner Zustimmung dem Pfarrer die Kohlen fortgenommen werden konnten und diese wäre nicht erfolgt. Guth wies hierbei nach, daß er verschiedene Male vergeblich versucht habe, den Gasanstaltsdirektor Heidt zu erlangen. Außerdem sagte Dr. Heidt noch aus, daß Dr. Möricke die Kohlen zu recht besaß. (Trotzdem Dr. Möricke schon freiwillig 40 Zentner rausgeben wollte.) Das Urteil lautete gegen Guth wegen Hausfriedensbruches auf 50 Mark Geldstrafe, gegen Sandmann wegen Beleidigung des Superintendenten Dr. Möricke auf 100 Mark Geldstrafe. Die Berufung des Angeklagten Sandmann wurde verworfen.

Eisenbahnunglück

Auf der Strecke Königsberg—Braunsberg sind gestern nachmittag zwei Güterzüge ineinandergesahren. Nach den uns zugegangenen Meldungen sollen etwa vier Personen ziemlich schwer verletzt sein. Der Materialschaden dürfte ebenfalls bedeutend sein. Die Aufräumungsarbeiten nahmen längere Zeit in Anspruch. Die im Laufe des Nachmittags fälligen Züge hatten etwa 4—5 Stunden Verspätung.

Beleidigungsklagen gegen

unabhängige Redakteure

In Königsberg standen zwei Prozesse gegen die Redakteure der dortigen Freiheit zur Verhandlung. Im ersten Falle war Genosse Mittwoch wegen der Beleidigung von Grenschütztruppen angeklagt. Dieser Prozeß wurde vertagt. Genosse Polenz soll zwei höhere Offiziere des Fuß-Artillerie-Regiments 1 beleidigt haben. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 300 Mark Geldstrafe.

Rudolf Ullrich, Elbing

Ferruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt

Subbier, Selters, Limonaden

Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette
verbürgt beste Qualität u. sauberste Füllung.

Glasarbeiten

werden prompt, sauber und zu billigsten Preisen
ausgeführt.

Richard Böhnke, Glaserei

Wasserstraße, gegenüber Kaufh. D. Loewenthal
und Pangritzstraße 32.

19/121 2575

Nach kurzem schweren Leiden entschlief am 28. Dezember infolge Unglücksfalles mein lieber unvergesslicher Mann, der treusorgende Vater unseres einzigen Kindes, unser guter Sohn, Schwiegersohn, Schwager, Bruder

Ernst Musleitner

im 41. Lebensjahre.

Dieses zeigen an

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Der Tag der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

U. S. P. Elbing.

Unsere Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossen, der Schlosser

Theo Assmussen

im 36. Lebensjahre und der Former

Ernst Musleitner

im 41. Lebensjahre verstorben sind.

Ehre ihrem Andenken!

Der Parteivorstand.

Für die überaus reiche Blumenspende und rege Beteiligung bei der Beerdigung meines Mannes sage ich allen, besonders den Kollegen der Firma F. Schichau (Abteilung Tenderbau) und dem Metallarbeiterverband meinen herzlichsten Dank.

Berta Elendt geb. Wasmann.

Ablösung der Neujahrsglückwünsche.

Durch Zuwendung eines Geldgeschenkes für die Armen haben die Neujahrsglückwünsche weiter abgelöst:

Widler Jakob, Papiergroßhandlung, Fr. Böhm, Eichmeister, Braum, Stadtbaurat, Björkregen Emil, Konsul, Esau Heinrich, Kaufmann, Goldack A., Kaufmann, Heß August, Zigarrenhändler, Hopp Hermann, Schlossermeister, Romnic F., Fabrikbesitzer, Koch J. H., Rentier, Levy Siegfried, Rentier, Mallette, Superintendent, Stach, Stadtrat, Schiller Franz, Fabrikbesitzer, Selleneit, Rüter a. D., Dr. Schröder, Prokurist, Schlüder Wilhelm, Kaufmann, Schulz, Studienrat, Ulrich Rudolf, Brauereibesitzer, Witzki, Franz und Erich, Juweliere, Wilhelm Frau, Fabrikbesitzer, Wagner, Musikdirektor, Zedler A., Dampfschiffreederei, Dr. Werten, Oberbürgermeister, Dr. Bartel, Bürgermeister.

Elbing, den 30. Dezember 1919.
Der Magistrat - Armenverwaltung.

Ein frohes neues Jahr

wünscht seiner geehrten Kundschaft

Emil Grunenberg und Frau

I. Fa. Johs. Sarnecki Nachfg.

Gott gebe, daß im neuen Jahr Alles billiger wird, Wie es früher war.

Allen meinen werten Kunden, Kollegen, Freunden und Feinden ein gesundes, frohes neues Jahr!

Paul Metzner, Hauptstraße 45.

Wünsche meiner werten Kundschaft ein frohes neues Jahr!

A. Brettschneider, Schneidermeister.

Meinen werten Kunden, Freunden und Bekannten wünsche ein

glückliches neues Jahr!

Joseph Kahlweiß.

Meinen werten Kunden ein

glückliches neues Jahr!

Rattelsberger, Friseur und Heilgehilfe, Wasserstraße 57.

Allen meinen werten Gästen wünsche ein

frohes neues Jahr!

R. Unruh, Thumberg.

Für das mir im verflossenen Jahre in so überreichlichem Masse erwiesene Wohlwollen und Vertrauen sage ich meiner werten Kundschaft, Freunden und Gönnern, auf diesem Wege meinen

herzlichsten Dank

und bitte ich, auch im kommenden Jahre mich mit Aufträgen zu bedenken.

Gleichzeitig wünsche ich meiner werten Kundschaft von Elbing und Umgebung

ein frohes, gesundes neues Jahr.

Hochachtungsvoll

Ernst Doebel,
Schneidermeister.

Elbing, Neujahr 1920.

Meinen verehrten Kunden wünsche ein gesundes, frohes Neujahr!
Erdmann Deckner, Wilhelmstr. 13.

Wünsche meinen werten Kunden ein frohliches, neues Jahr.
Böhnke u. Frau.

Stadttheater Elbing

Direktion: Max Spiess. Donnerstag, den 1. Januar, nachm. 3 Uhr:

Kindervorstellung zu ermäßigten Preisen!

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haaf. Abends 7 Uhr:

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Elbinger Sportverein „Siegfried“.

Freitag, d. 2. Jan., abds. 7 Uhr im Gewerbehaus:

Generalversammlung

Wichtige Tagesordnung: Vorstandswahl usw. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.

Der Vorstand

Verlobungsringe

auch noch in seinem Golde liefert

F. Witzki, Elbing, Schmiedestr. 17.

Achtung! Achtung!

Kartell der Freien Gewerkschaften.

Sonnabend, den 3. Januar, 5 Uhr abends findet im Volkshause eine

Versammlung

statt, wozu sämtliche Gewerkschafts-Vorstände und Kartell-Delegierte eingeladen sind.

Tagesordnung sehr wichtig! Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Elbing.

Freitag, den 2. Januar 1920,

im Volkshaus, großer Saal:

Außerordentliche

Generalversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Wahl von 3 Delegierten zur Bezirkskonferenz.
 - 2. Stellungnahme zur wöchentlichen Hauskassierung.
- Das Erscheinen aller Vertrauensleute und Delegierten ist erforderlich. Die Ortsverwaltung.

Restaurant „Zur Theaterhalle“

(am Stadttheater)

empfeilt seine Räume zur gemütlichen

Silvesterfeier.

Musikalische Unterhaltung.

Gasthaus „Legan“

Am Neujahrstage:

Großes Tanzkränzchen.

Mein Neujahrswunsch!

Jeder einsichtige Kunde ist sich darüber klar, daß der Meister in der stillen Zeit in Sorgfalt und Eigenheit mehr bieten kann als in der Hochsaison. Darum bitte ich möglichst schon jetzt mit den Frühjahrbestellungen zu beginnen.

Ich empfehle mich zur

Herstellung sämtl. Schneiderarbeit

unter Garantie für tadellosen Sitz und erstklassiger Verarbeitung zu soliden Preisen. Stoffe und prima Futterstoffen vorhanden.

Ich wünsche meinen geschätzten Kunden ein frohes neues Jahr!

A. Gischkowski

feine Herren-Schneiderei
Kleiner Wunderberg 1.



Bei den hohen Lederpreisen

lassen Sie Ihre Schuhe mit der beweglichen

Germania-Holzsohle

besohlen, die sich seit Jahren als bester Lederersatz bewährt hat.

Sohlen und Absätze für Damen 8.50 Mk. für Herren 9.50 Mk.

Albert Kowalski

Fischerstraße 42
Schuhhaus größten Stills.

Erstklassig und billig

werden

Damen- und Herren-Garderoben

Stoffe, Decken, Vorhänge usw.

nur unter gediegener, fachmännischer Leitung

in allen Farben gefärbt und

tadellos wie neu gereinigt

M. Guske Nachf.

Inhaber: Carl Gilberts

1. Hauptgeschäft: Kettenbrunnenstr. 15

2. Laden: Inn. Mühlendamm 36

3. Annahme: Leichnamstraße.

Bitte genau auf die Firma zu achten:

M. Guske Nachf.

Inhaber: Carl Gilberts.

Telephon Nr. 929.

Gründliche Ausbildung in

Buchführung.

- ✍ Korrespondenz,
 - ✍ Kaufm. Rechnen,
 - ✍ Wechselkunde,
 - ✍ Maschinenschreiben,
 - ✍ Schönschreiben,
 - ✍ Stenographie,
 - ✍ Deutsch usw.
- Tages- u. Abendunterricht.
Handelsl.-Kont. Keiries
Herrenstr. 41/43.

Soxleth's Nährzucker

Ramogen

Lebertran-Emulsion

Ovomaltine.

Natsapothete

Schmiedestr. 3.

Hämorrhoiden

heilt „Hämorrhoid“. Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis

Reichert'sche Apotheke, Elbing!

1 eiserner Ofen

zu verkaufen
Spieringstraße 21.

Elbinger Standesamt

vom 31. Dezember.
Sterbefälle: Müller Hermann Neubert, 26 J. — Tischlergeselle Erwin Traugott Cornelius, 21 J. —

Bibliothek